

Reform der Grundsteuer beschlossen

WIESBADEN Die Grundsteuer wird in Hessen künftig anders erhoben. Der Landtag hat am Dienstag mit den Stimmen von CDU und Grünen eine Reform beschlossen, wonach neben der Größe der Häuser und Grundstücke künftig auch die Lage und Nutzung der Immobilien bei der Berechnung eine Rolle spielen sollen. Die Neuordnung war notwendig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht die bisherige Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt hatte. Eine Öffnungsklausel erlaubt den Bundesländern, die Steuer unterschiedlich auszugestalten. Das Aufkommen fließt den Kommunen zu, die auch den Hebesatz festlegen. Hessens Finanzminister Michael Boddenberg (CDU) sagte, die künftige Grundsteuer sei gerecht, einfach und verständlich, weil die Steuerzahler nur wenige Angaben machen müssten und „weil die Berechnung kurz und der Einfluss der Angaben auf das Ergebnis klar ist“. Die Abgabe der Steuererklärungen für die neue Grundsteuer werde von Juli 2022 an möglich sein.

Die SPD-Abgeordnete Esther Kalveram sagte, in Zukunft werde eine Immobilie in einem innenstadtnahen sozialen Brennpunkt dieselbe Steuerlast haben wie eine Villa mit gleicher Fläche, das sei ungerecht. Bernd Vohl (AfD) äußerte, das neue Gesetz werde viele Bürger zusätzlich belasten. Wirtschaftsverbände kritisierten das Modell der Landesregierung. mak./lhe.



Lese-Empfehlungen auf faz.net/rmz

Der Weihnachtsmarkt und die Sicherheit
Dezernentin Rinn und Polizeipräsident Bereswill machen sich ein Bild.

Skyline-Blick
Nachrichten aus der Rhein-Main-Region im Liveblog.

Momentaufnahme
Kuriose Beobachtungen aus dem Alltag auf einen Klick.

Einsame Spitze

Wer Freude an Kommunikation hat, den kann der Beruf des Schulleiters erfüllen. Aber nur wenige Lehrer wollen diesen Job machen.

FRANKFURT, SEITE 35

Sechs Granaten

In vielen Familien kommen an den Festtagen die besten Weine auf den Tisch. Wir haben Vorschläge für alle, die es krachen lassen wollen.

GENUSS, SEITE 45

Was Bilder verändern

Die internationale Tagung „Visible Evidence“ beschäftigt sich mit dem Dokumentarfilm – und seiner Rolle beim Umgang mit Krisen.

KULTUR, SEITE 46

Wetter

Es bleibt trüb bei Temperaturen um 8 Grad. Nachts Abkühlung auf 3 Grad. Bis zum Wochenende kaum Änderung.

Temperaturen gestern	Min.	Max.
Flughafen Frankfurt	5°	8°
Feldberg im Taunus	2°	4°

Flughafen Frankfurt gestern:
24-stg. Niederschlag bis 17h 0,1 mm

Mampf und Kampf

Die Inflation ist real: Das Lieblings-Pesto kostet plötzlich 90 Cent mehr – dabei sei es doch ein Grundnahrungsmittel, empört sich die Mitbewohnerin.



Sensibles Terrain: Der Opernplatz dürfe nicht verschattet werden, mahnen Planer. Der Turm stünde noch vor dem weißen „Citybank-Hochhaus“ links der Bildmitte. Foto Frank Röh

Signa plant Hochhaus am Opernplatz

FRANKFURT Der Immobilienkonzern Signa will schräg gegenüber der Alten Oper einen 60 Meter hohen Turm bauen. Stadtplaner sind von dem Projekt nicht begeistert. Jetzt soll die Koalition entscheiden.

Ein entsprechender Wettbewerb der Allianz war vor sechs Jahren ohne klaren Sieger geblieben. Inzwischen gehört das Grundstück dem Konzern Signa. Als dessen Karstadt-Warenhäuser vor der Schließung standen, war es der Stadt gelungen, für die Filiale an der Zeil eine Gnadenfrist auszuhandeln. Dass die Stadt in diesem Zusammenhang auch die Prüfung des Hochhauses am Opernplatz angeboten hatte, war auf erhebliche Kritik gestoßen.

Der Sprecher des Planungsdezernats bestätigt, dass Signa den Bau eines „abgestaffelten Gebäudes“ erwäge – niedrig zum Opernplatz, höher zur Neuen Main-

zer Straße. Der Opernplatz würde nach seinen Worten nicht stärker verschattet als bisher. „Wir haben eine offene Überprüfung des Standorts zugesagt und sind in der politischen Abstimmung.“ Die Koalition ist sich noch nicht einig, wie sie mit dem Ansinnen von Signa umgehen wird. Die Grünen haben Gesprächsbedarf: „Wir sind noch in der Meinungsfindung und haben einige offene Fragen“, sagt die planungspolitische Sprecherin Julia Frank, die sich unter anderem fragt, welchen Mehrwert die Stadt von dem Hochhaus hätte. Die SPD sieht „Vor- und Nachteile“, wie die Fraktionsvorsitzende Ursula Busch sagt. Der Opernplatz sei

ein besonders sensibles Ensemble, das nicht verschattet werden dürfe. Sie weist Vorwürfe zurück, die Stadt habe Signa im Gegenzug für die Karstadt-Rettung ein Baurecht am Opernplatz in Aussicht gestellt. „Erfreulicherweise wurde Karstadt länger offen gehalten. Aber wir müssen dafür nun an dieser Stelle ganz sicher keine Zugeständnisse machen.“ Nur die FDP-Fraktion hat sich schon entschieden. Der planungspolitische Sprecher Sebastian Papke sieht die Pläne sehr positiv: „Die Skyline würde an dieser Stelle einen Abschluss bekommen.“ Allerdings müsse das Hochhaus mit dem Opernplatz und den Wallanlagen „interagieren“, zum Beispiel in Form einer Gastronomie am Opernplatz oder eines Spielplatzes zur Grünanlage.

Amtsleiter Hunscher ist weiterhin skeptisch, ob das Projekt städtebaulich verträglich wäre. „Der Opernplatz darf nicht verschattet werden. Mehr als 60 Meter geht nicht“, sagt er. Selbst dann stelle sich die Frage, ob eine Verschleifung der Skyline zum Opernplatz überhaupt sinnvoll wäre: „Ich bin kein Freund vom Hoch- und Runtertreppen der Skyline.“ Weil der Turm keine Fernwirkung habe, entwickle sich die Silhouette der Stadt nicht weiter. Hunscher fragt, ob die Stadt von dem Projekt maßgeblich profitieren würde: „Mein Herz hängt da nicht dran.“

Der Vorsitzende des Städtebaubeirats Torsten Becker sieht das Vorhaben kritisch. Der Opernplatz sei in der Bevölkerung sehr beliebt, das habe sich nicht zuletzt in der Pandemie gezeigt. „Man muss dort ganz vorsichtig sein.“ Der Standort müsse aus allen Richtungen begutachtet werden, und ein Café im Erdgeschoss sei ohnehin selbstverständlich. „Banal gestapelte Bürokratie braucht die Stadt an dieser Stelle nicht.“ rsh.

Ein riskantes Projekt

Von Rainer Schulze

Wenn Frankfurter ihre Gäste durch die Stadt führen, dann machen sie mit ihnen einen Abstecher zum Römerberg und zum Opernplatz. Die beiden Plätze sind die guten Stuben der Stadt. Beliebt bei Einheimischen, bestaunt von Touristen. Die Gebäude auf den Plätzen und an deren Rändern fügen sich in Höhe und Gestaltung zu einem stimmigen Ensemble. Wer hier etwas Neues bauen will, wird besonders kritisch beäugt.

Die Alte Oper dominiert den Opernplatz. Ihre Nachbarn halten respektvoll Abstand und überragen sie nicht. Gewiss, mit dem Opernturm ist in der Nähe schon ein Hochhaus entstanden. Aber der Turm steht nicht direkt am Platz, sondern auf der anderen Seite des Reuterwegs, und er hält durch einen niedrigen Sockel zusätzlich Abstand. Nun könnte mit dem von dem Unternehmen Signa geplanten Turm ein kleineres Hochhaus am Rand der Wallanlage näher an die Alte Oper herantreten, ebenfalls vermittelt durch einen Sockel. Dass diese Umgebung sensibel ist, hat schon vor sechs Jahren der Wettbewerb für das zuvor an dieser Stelle geplante Geschäftshaus gezeigt. Die klugen Entwürfe konnten nicht überzeugen.

Die Koalition steht vor einer kniffligen Entscheidung. Sie sollte sich fragen, was der Mehrwert wäre. Was hat die Stadt von diesem Projekt? Lohnt es sich, die Wirkung des Ensembles zu gefährden? Erschwert wird die Entscheidung dadurch, dass die Stadt bei der Karstadt-Rettung in Aussicht gestellt hat, die Hochhaus-Pläne zu prüfen. Das war keine gute Idee. In den Köpfen könnte sich festsetzen, dass der Opernplatz Teil eines Kuhhandels wurde.

Der Ball liegt bei den Kommunen

Von Manfred Köhler

Es wären einfachere Modelle für die Grundsteuer vorstellbar gewesen als jenes, das am Dienstagabend der Landtag mit den Stimmen der CDU und der Grünen beschlossen hat. Im Spannungsfeld zwischen einer möglichst einfachen, aber auch in einem wie immer garteten Sinne gerechten Besteuerung hat die Landesregierung einen mittleren Weg eingeschlagen. Die Idee, Immobilien nicht nur nach ihrer Größe, sondern auch nach dem Wert zu besteuern, soweit dieser von der Lage bestimmt wird, hat zwar etwas Bestechendes, wirft aber in der Praxis so viele Fragen auf, dass man die Sinnhaftigkeit dieses Kriteriums in Zweifel ziehen kann.

Doch nun ist es beschlossen, und das Land reicht die komplizierte Neuregelung an die Kommunen weiter, die über den Hebesatz bestimmen. Es wird nicht einfach sein, im Lichte der neuen Regeln diese Sätze festzulegen. Vielfach hieß es, das gesamte Aufkommen in einem Ort solle nicht steigen; die Koalition in Frankfurt hat sich dazu in ihrem Bündnisvertrag sogar schriftlich bekannt. Die Versuchung ist allerdings groß, diese einmalige Chance doch für eine Erhöhung zu nutzen, zumal sich dies erst nach einiger Zeit nachhalten lässt und auch dann wegen der wirtschaftlichen Wechsellagen nicht wirklich exakt.

Nur zu wünschen ist den Kommunen, dass sich Extremfälle vermeiden lassen, bei denen Steuerzahler auf einmal das Doppelte oder mehr überweisen müssen. Landespolitiker können sich immerhin, wenn es deshalb zu einem Aufschrei kommt, zurücklehnen. Der Protest wird die Rathäuser treffen, wo man allerdings darin geübt ist, das auszubaden, was höheren Orten beschlossen wurde.

Ansturm auf Kinderarztpraxen

RHEIN-MAIN Impfungen für Kinder zwischen fünf und elf Jahren möglich / Angebote auch in Impfzentren

Seit die Ständige Impfkommission (STIKO) in der vergangenen Woche angekündigt hat, dass sie die Corona-Impfung für jüngere Kinder mit Vorerkrankungen und Kontakt zu Risikopatienten empfehlen will, stehen bei den hessischen Pädiatern die Telefone nicht mehr still. Denn auch gesunde Kinder zwischen fünf und elf Jahren können dort bei individuellem Wunsch geimpft werden.

Auch bei dem Kinderarzt Burkhard Voigt in Frankfurt klingt es ständig. Er versucht vor allem, Eltern zu beruhigen, die bei ihm nicht gleich am nächsten Wochenende einen Impftermin für ihr Kind ergatterten konnten. Die Empfehlung der STIKO, zunächst nur die besonders gefährdeten kleineren Kinder zu impfen, hält er für richtig: „Wir wissen einfach noch nicht, ob eine Impfung für alle jüngeren Kinder medizinisch sinnvoll ist, da noch nicht ausreichend Daten vorliegen.“ Aber er verstehe die Ängste der Eltern gesunder Kinder, die abwägen müssten, ob eine größere Gefahr für ihr Kind von einer Corona-Infektion oder von einer Impfung ausgehe.

In Hessen haben nach Angaben des Sozialministeriums Ärzte, Gesundheitsämter und Kinderkliniken mehr als 180 000 Dosen des Impfstoffs von Biontech bestellt. Für Kinder zwischen fünf und elf Jahren wird ein niedrig dosiertes und anders abgefülltes Präparat im Vergleich zum herkömmlichen Impfstoff ver-

wendet. Laut STIKO sollen davon zwei Dosen im Abstand von drei bis sechs Wochen gegeben werden. Für noch jüngere Kinder gibt es bisher keinen zugelassenen Impfstoff. In Hessen werden die Kinderimpfungen wohl am Donnerstag

beginnen. Anders als in Bundesländern wie etwa in Rheinland-Pfalz gibt es in Hessen keine landesweite zentrale Vergabe von Impfterminen.

Außer den einzelnen Praxen und Kliniken koordinieren auch die Kommunen

Corona in Hessen

Aktuelle Sieben-Tage-Inzidenz im Wochenvergleich (Stand 15.12.) Quelle: Hessisches Sozialministerium							
Landkreis	01.12.	08.12.	15.12.	Landkreis	01.12.	08.12.	15.12.
LK Bergstraße	371,2	376,4	318,1	LK Offenbach	328,2	272,3	249,6
LK Darmstadt-Dieburg	320,8	267,4	234,8	LK Rheingau-Taunus-Kreis	215,5	199,0	247,0
LK Fulda	295,5	414,3	330,9	LK Schwalm-Eder-Kreis	161,3	184,1	155,7
LK Gießen	203,2	186,6	160,9	LK Vogelsbergkreis	195,2	188,6	143,1
LK Groß-Gerau	275,9	227,7	224,1	LK Waldeck-Frankenberg	283,0	256,2	221,7
LK Hersfeld-Rotenbg.	194,5	260,2	199,5	LK Werra-Meißner-Kreis	251,9	246,9	209,9
LK Hochtaunuskreis	226,7	205,7	143,7	LK Wetteraukreis	199,1	252,9	229,1
LK Kassel	208,4	186,9	214,8	Stadt Darmstadt	324,8	273,9	239,4
LK Lahn-Dill-Kreis	228,1	206,8	202,9	Stadt Frankfurt	337,4	329,1	262,9
LK Limburg-Weilburg	202,6	222,9	191,5	Stadt Kassel	249,2	232,3	262,1
LK Main-Kinzig-Kreis	280,3	310,2	233,8	Stadt Offenbach	349,9	414,8	401,1
LK Main-Taunus-Kreis	245,8	206,5	185,2	Stadt Wiesbaden	226,1	330,2	431,4
LK Marburg-Biedenkopf	152,9	151,7	124,8	Gesamt	268,3	268,4	239,1
LK Odenwaldkreis	561,2	515,7	334,9	Belegte Intensivbetten	307	318	310
Hospitalisierungsrate	4,24	4,53	4,7	Intensivpatienten unvollständig geimpft (über 12 J.)	65,7%		
				Impfquote Hessen (12+)			77,3 %

Zur Einschätzung der Corona-Lage stützt sich das Gesundheitsministerium auf mehrere Werte, die sich alle auf eine zurückliegende Woche beziehen. Die Inzidenz zeigt die Zahl der Neuinfektionen je 100 000 Einwohner im Wochenvergleich. Zahlen zu Klinikpatienten sollen nur als neue Grenzwerte gelten, nach sind sie unkritisch (■ markiert). Wenn die Hospitalisierungsrate über 8 steigt, also acht Personen je 100 000 Einwohner in einer Woche als Covid-Patienten aufgenommen wurden oder 200 Intensivbetten mit Covid-Patienten belegt sind (■), können weitere Einschränkungen nötig werden. Steigt die Hospitalisierungsrate über 15 oder sind mehr als 400 Intensivbetten belegt, ist die zweite Eskalationsstufe erreicht (■ markiert).